

Ein Unternehmen der



MITGAS

Geschäftsbericht der
MITGAS Mitteldeutsche
Gasversorgung GmbH
zum 31. Dezember 2019

Bericht des Aufsichtsrates	04
Mitglieder des Aufsichtsrates	06
Lagebericht	09
Grundlagen des Unternehmens	10
Wirtschaftsbericht	11
Chancen- und Risikomanagement	23
Prognosebericht	27
Jahresabschluss	31
Bilanz	32
Gewinn- und Verlustrechnung	34
Anhang	35
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	55
Abkürzungsverzeichnis	62
Impressum	63

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH (MITGAS) hat im Geschäftsjahr 2019 die ihm nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben und Rechte uneingeschränkt wahrgenommen. Er ist von der Geschäftsführung regelmäßig schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte, die beabsichtigte Geschäftspolitik und die relevanten Geschäftsvorfälle informiert worden. Der Aufsichtsrat hat hierüber mit der Geschäftsführung beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft anhand der Berichte der Geschäftsführung überwacht. In alle grundlegenden Entscheidungen war der Aufsichtsrat eingebunden.

Im Geschäftsjahr 2019 trat der Aufsichtsrat zu vier Sitzungen zusammen. Es wurden keine Beschlüsse außerhalb der Sitzungen des Aufsichtsrates gefasst.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrates standen die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft, wobei insbesondere die Entwicklungen im Geschäftsfeld Vertrieb, die Rentabilitätsentwicklungen bei den Netzgesellschaften einschließlich struktureller Maßnahmen sowie Fragen der Gasspeichernutzung eingehend erörtert wurden.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich des Weiteren schwerpunktmäßig mit

- dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2018,
- der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2020,
- der Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre bis 2022,
- der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften und dem daraus resultierenden Beteiligungsergebnis,
- dem Investitionsgeschehen im Gasversorgungsnetz,
- dem Risikomanagement unter Berücksichtigung der Aktivitäten der Back-to-Back-Handelsgeschäfte,
- dem Fraud-Management, dem Compliance-Management und der Internen Revision.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erörterte darüber hinaus auch außerhalb der Sitzungen mit der Geschäftsführung bedeutsame Einzelvorgänge, insbesondere die Unternehmensstrategie und die Unternehmensplanung.

Die Geschäftsführung beriet sich des Weiteren regelmäßig mit den Vertretern der Anteilseigner und mit Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

Der von der Geschäftsführung nach den Regeln des Handelsgesetzbuches aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch die Gesellschafterversammlung am 13. Februar 2019 gewählten und aufgrund des Beschlusses des Aufsichtsrates vom gleichen Tag beauftragten Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Leipzig, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Abschlussprüfer hat außerdem festgestellt, dass die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung getrennter Konten eingehalten wurden.

Der Bericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und zum Lagebericht ist den Mitgliedern des Aufsichtsrates im Auftrag des Aufsichtsratsvorsitzenden durch die Geschäftsführung rechtzeitig vor der Bilanzsitzung ausgehändigt worden, er wurde in die Aussprache und Prüfung des Jahresabschlusses einbezogen. Der Abschlussprüfer hat an der Beratung des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilgenommen, über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet und zu ergänzenden Auskünften zur Verfügung gestanden.

Der Aufsichtsrat hat vom Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen. Er hat seinerseits den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresergebnisses geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 gebilligt und schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresabschluss festzustellen. Dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresergebnisses hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei der Geschäftsführung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2019 geleistete Arbeit. Mit ihrem Einsatz und ihrer Kompetenz haben sie maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens beigetragen.

Kabelsketal, den 12. März 2020

Der Aufsichtsrat

Peter Rüth
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Mitglieder des Aufsichtsrates

Peter Rüth

Head of Finance Retail Germany
Retail Segment
der innogy SE
Vorsitzender

Klaus Zimmermann

Bürgermeister und Beigeordneter
für Finanzen und Vermögen
der Landeshauptstadt Magdeburg
1. stellvertretender Vorsitzender

Erika Simbt

Vorruheständlerin
2. stellvertretende Vorsitzende

[Dr. Jürgen Gröner](#)

Geschäftsführer
Integration/Assetmanagement
der Westnetz GmbH

[Dr. Uta Grone](#)

Leiterin Rechtsbereich
der Westnetz GmbH

[Oliver Hill](#)

Direktor Gasverkauf Deutschland
der VNG AG

[Norbert Kraft](#)

Sachbearbeiter Zähl- und Messwesen/
Installationstechnik der Abteilung
Spezialservice Gas der
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

[Bodo Rodestock](#)

Vorstand Kaufmännisches/Personal
der VNG AG

[Jörg Röglin](#)

Oberbürgermeister
der Stadt Wurzen

[Mario Schaaf](#)

Sachbearbeiter Grundsatzfragen
in der Abteilung Spezialservice Gas
der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

[Mario Stiebing](#)

Betriebsmeister Gas
der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

[Monika Trolldenier-Henrichs](#)

Referentin Beteiligungsmanagement
der innogy SE

Lagebericht zum 31. Dezember 2019

MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH

Grundlagen des Unternehmens

Unternehmenszweck. MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH (MITGAS) mit Sitz in Halle (Saale) handelt mit Erdgas, Bioerdgas, Wärme und bietet energienahe Dienstleistungen an. MITGAS beliefert sowohl Endkunden als auch Weiterverteiler. Das Unternehmen ist Eigentümer eines Gasverteilernetzes und verpachtet dieses hauptsächlich an den Verteilernetzbetreiber Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH (im Folgenden auch kurz „MITNETZ GAS“ genannt), an der MITGAS 100 % der Anteile hält.

Anteilseignerstruktur. Die envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz, ist mit 75,385 % mehrheitlich an der MITGAS beteiligt. Die VNG-Erdgascommerz GmbH, Leipzig, hält eine Beteiligung von 24,6 %. Die innogy SE, Essen, hält 0,015 % der Anteile an der MITGAS.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Wirtschafts- und Branchenentwicklung

Wachstum der deutschen Wirtschaft verliert an Schwung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Das Wachstum hat aber an Schwung verloren. Gestützt wurde das Wachstum im Jahr 2019 vor allem vom Konsum. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wuchsen stärker als in den beiden Jahren zuvor. Auch die Bruttoanlageninvestitionen sind kräftig gestiegen. Auf der Entstehungsseite des BIP war die wirtschaftliche Entwicklung zweigeteilt. Einerseits verzeichneten die Dienstleistungsbereiche und das Baugewerbe kräftige Zuwächse. Andererseits ging die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe ohne Bau um 3,6 % zurück. Insbesondere die schwache Produktion in der Automobilindustrie trug zu diesem Rückgang bei. [Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 15.01.2020]

Erdgasverbrauch gestiegen. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) ging für das Jahr 2019 nach vorläufigen Berechnungen von einem Anstieg des Erdgasverbrauches von 3,6 % aus. Hauptursache für diesen Anstieg war der deutlich angestiegene Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung. [BDEW 20. Dezember 2019]

Gesetzlicher Ordnungsrahmen und dessen Auswirkungen. Seit dem 31. Januar 2019 ist das Webportal des Marktstammdatenregisters (MaStR) in Betrieb. Die Registrierungsspflichten für Energieanlagen und Akteure der Energiewirtschaft aufgrund der Marktstammdatenregisterverordnung (MaStRV) sind nunmehr über dieses Webportal zu erfüllen. Registrierungspflichtig sind insbesondere Marktakteure wie Anlagenbetreiber, Netzbetreiber und Energielieferanten. Außerdem sind die Stammdaten von Anlagen, die Energie erzeugen, verbrauchen oder speichern, zu registrieren. Dies betrifft sowohl Bestandsanlagen als auch Neuanlagen, die erst zukünftig in Betrieb genommen werden.

Die Kooperationsvereinbarung Gas X (KoV X) wurde erneut überarbeitet. Am 30. April 2019 wurde eine Änderungsfassung verabschiedet, die am 1. Juni 2019 in Kraft getreten ist. Im Rahmen der geänderten KoV X wurden kleinere Anpassungen aufgrund einer förmlichen Mitteilung der Bundesnetzagentur zur Umsetzung des Beschlusses „GaBi Gas 2.0“ vorgenommen.

Am 15. November 2019 wurde auch das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) beschlossen. Es integriert die Klimaschutzziele von Paris in deutsches Recht und macht sie damit verpflichtend. Gleichzeitig sind sektorspezifische Ziele für Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Sonstiges enthalten. Zeitgleich wurde auch das Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (BEHG) verabschiedet. Es regelt die CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme, sofern sie nicht Bestandteil des europäischen Emissionshandels sind. Der nationale Zertifikatehandel erfasst die Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brenn- und Kraftstoffe (insbesondere Heizöl, Flüssiggas, Erdgas, Kohle, Benzin, Diesel). Das Bundeskabinett hat am 18. Dezember 2019 jedoch bereits eine Erhöhung der im Gesetz festgelegten CO₂-Preise beschlossen. Diese werden 2020 in einem Änderungsgesetz umgesetzt. Die Mehreinnahmen sollen vollständig in die Senkung der EEG-Umlage fließen.

Entwicklung der Großhandelspreise für Gas. Der Gasmarkt zeichnet sich nach wie vor durch eine sehr gute Versorgungslage aus. Durch die weiter zugenommene Anlandung von LNG sowie die gute Auslastung der Pipelines sind die Preise deutlich gesunken. Das Jahresmittel des European Gas Spot Index (Gaspool H) verbilligte sich daher um rund 40 % auf 13,69 €/MWh (2018: 22,89 €/MWh). Auch der Rohölmarkt gab leicht nach und reduzierte sich auf 63,77 USD je Barrel (2018: 72,31 USD/Barrel).

Das an der Börse EEX (European Power Exchange) im Handelsjahr 2019 gehandelte Terminmarktprodukt 2020 des Marktgebiets Gaspool wurde im Mittel zu 18,70 € pro MWh fixiert (2018: 20,82 € pro MWh). Die konjunkturelle Eintrübung ließ die Preise Ende des Jahres 2019 deutlich fallen (letzter Terminmarktpreis Gaspool für Lieferjahr 2020: 13,94 € pro MWh).

Geschäftsentwicklung im Jahr 2019

Dynamisches Marktumfeld. MITGAS agiert in einem weiterhin sehr dynamischen Markt- und Wettbewerbsumfeld. Das unternehmerische Handeln war von einem anhaltend intensiven Wettbewerb um Kunden und Konzessionen geprägt. Alle Energieversorger, so auch MITGAS, stehen dabei vor den Herausforderungen, ein wettbewerbsfähiges Produkt- und Dienstleistungsportfolio sowie vielfältige Unterstützung für den effizienten Einsatz von Energie anzubieten. Digitale Kundenlösungen werden hier zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Vertriebsgeschehen. Die Kundenzahlen im Segment Privat- und Gewerbekunden waren im Berichtsjahr ansteigend. Diese Entwicklung zeigt, dass MITGAS mit dem Weg der langfristig angelegten Kundenbindungsmaßnahmen sowie intensiver Akquise- und Reakquisemaßnahmen erfolgreich war.

MITGAS hält die Erdgaspreise für Privat- und Gewerbekunden in der Grundversorgung und daran angelehnte Sonderprodukte ohne laufende Preisgarantie im Grundversorgungsgebiet für die Heizperiode 2019/2020 konstant.

Für Privat- und Gewerbekunden außerhalb des Grundversorgungsgebietes hängt die Gaspreisentwicklung 2019/2020 bei Ablauf der Preisgarantie von der Vorkostensituation an der jeweiligen Lieferstelle ab.

Produkt- und Dienstleistungspalette. Der Vertrieb von Gas an Privat- und Gewerbekunden, Geschäftskunden sowie Weiterverteiler und Kommunen ist nach wie vor das Hauptgeschäftsfeld der MITGAS. Darüber hinaus werden in Kooperation mit enviaM Energiedienstleistungen angeboten. Schwerpunkte dabei sind Angebote zur dezentralen Energieerzeugung sowie digitale Kundenanwendungen und Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz.

Netz. Schwerpunkt bei MITNETZ GAS war die Verdichtung des Gasverteilernetzes. Diese umfasst vorrangig die Errichtung von neuen Anschlüssen sowohl für Privat- als auch für Industriekunden im bestehenden Netz.

Bei der Bewirtschaftung des Verteilernetzes lag das Hauptaugenmerk auf der sicherheits- und versorgungstechnischen Gewährleistung des Betriebs.

Um auch weiterhin einen sicheren und störungsarmen Betrieb zu gewährleisten, wurde die Umsetzung der Empfehlungen der DBI-Rohrnetzstudie im Berichtsjahr fortgeführt. Das Programm der DBI-Rohrnetzstudie umfasst unter anderem die Erneuerung von Stahlniederdruck- und Stahlmitteldruckleitungen sowie die Erneuerung von Hochdruckleitungen.

Entwicklung Biogaseinspeisung. Die Planung und Realisierung von zwei weiteren Biogaseinspeiseanlagen in Könnern und Bitterfeld wurde abgeschlossen. In Könnern wurde dabei eine bestehende Anlage ersetzt. Zum Geschäftsjahresende sind 14 Biogaseinspeiseanlagen an das Gashochdrucknetz von MITNETZ GAS angeschlossen.

Wissenschaft und Forschung. MITGAS und ihre Tochtergesellschaft MITNETZ GAS begleiteten im Berichtsjahr zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

Innerhalb des Forschungskonsortiums „Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany“ (HYPOS) beteiligt sich MITNETZ GAS an dem innovativen Projekt „H2-Netz“ zur Entwicklung und Erprobung eines Wasserstoffverteilernetzes auf Kunststoffbasis. Im Mai 2019 wurden die Endabnehmer an das H2-Testnetz im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen angeschlossen und die Betriebsführung sowie die Forschungsaktivitäten gestartet. Der Verlängerung des bestehenden Projektes bis Ende 2021 wurde durch den Projektträger stattgegeben.

Konzessionen als Grundlage der Partnerschaft. Gesicherte Konzessionen sind die Basis für das Netzgeschäft und die Partnerschaft von MITGAS und den Kommunen. Da ein Großteil der Gaskonzessionsverträge bereits neu abgeschlossen wurde, gab es im Geschäftsjahr 2019 keine Verfahren zum Neuausschluss von Gaskonzessionsverträgen.

Vermögenslage

Innerhalb der Vermögens- und Kapitalstruktur ergaben sich im Berichtszeitraum nur geringfügige Veränderungen. Der Verschuldungskoeffizient veränderte sich auf 293,0 % (im Vorjahr: 273,8 %). Der Anlagendeckungsgrad beträgt 31,3 % (Vorjahr: 37,2 %).

	31.12.2019		31.12.2018	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva				
Anlagevermögen	310,9	81,3	311,3	71,9
Vorräte	34,1	8,9	12,1	2,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	37,1	9,7	109,2	25,2
Flüssige Mittel	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige Aktiva	0,3	0,1	0,6	0,1
	382,4	100,0	433,2	100,0
Passiva				
Betriebswirtschaftliches Eigenkapital	97,3	25,4	115,9	26,7
Fremdkapital				
lang- und mittelfristig	125,4	32,8	153,1	35,3
kurzfristig	159,7	41,8	164,2	37,9
	382,4	100,0	433,2	100,0

(rundungsbedingte %-Abweichungen möglich)

Verschuldungskoeffizient: Verhältnis von Fremdkapital zum betriebswirtschaftlichen Eigenkapital

Anlagendeckungsgrad: Verhältnis betriebswirtschaftliches Eigenkapital zum Anlagevermögen

Betriebswirtschaftliches Eigenkapital: Eigenkapital abzüglich geplante Ausschüttung zuzüglich 70 % der Sonderposten und der abgegrenzten Baukostenzuschüsse

Finanzlage

Kapitalflussrechnung

	2019 Mio. €	2018 Mio. €
Jahresüberschuss	16,0	38,0
Abschreibungen des Anlagevermögens	21,8	22,9
Zuschreibungen des Anlagevermögens	-0,4	-0,2
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-0,6	-10,0
Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	-0,9	-0,6
Zinsaufwendungen/Zinserträge	3,8	5,6
Sonstige Beteiligungserträge	-0,2	-0,2
Veränderungen der Rückstellungen	3,2	12,4
Veränderungen bei sonstigen Bilanzposten (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)		
Vorräte, Forderungen sowie andere Aktiva	-9,5	-11,5
Verbindlichkeiten sowie andere Passiva	-23,2	20,6
Ertragsteueraufwand/-ertrag	10,5	16,3
Ertragsteuerzahlungen	-21,3	-14,3
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-0,8	79,0
Einzahlungen/Rückzahlungen von Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen	-23,0	2,7
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-0,2	-0,1
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1,6	2,2
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-21,6	-24,4
Saldo der Ein- bzw. Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (Cash-Management)	83,5	0,2
Erhaltene Zinsen	0,0	0,4
Erhaltene Dividenden	0,2	0,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	40,5	-18,8
Auszahlungen an Anteilseigner	-38,0	-37,3
Auszahlungen zur Tilgung von Krediten	0,0	-20,0
Gezahlte Zinsen	-1,7	-2,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-39,7	-60,2
Veränderung des Finanzmittelbestandes	0,0	0,0
Finanzmittelbestand zum Jahresende	0,0	0,0

Die Kapitalflussrechnung wurde nach den Vorgaben des Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 21 erstellt.

Die Verschlechterung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Wesentlichen auf die Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva und den gegenüber dem Vorjahr geringeren Jahresüberschuss zurückzuführen. Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr 2019 höhere Ertragssteuerzahlungen erfolgt, was zum Teil aus Zahlungen für das Vorjahr und zum Teil aus zu hohen, am Vorjahresgewinn bemessenen, Vorauszahlungen resultiert. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit wird im Geschäftsjahr 2019 durch eine höhere Fremdmittelaufnahme im Rahmen des kurzfristigen Cash-Managements mit der Gesellschafterin (Inanspruchnahme Dispositionsrahmen) und einem Tochterunternehmen. Darüber hinaus sind in diesem Jahr neben den mit dem Vorjahr vergleichbaren Auszahlungen für Investitionen einmalige Rückzahlungen von Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen enthalten. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst neben der Gewinnausschüttung für das Vorjahr an die Gesellschafter die gezahlten Zinsen. Er hat sich im Wesentlichen dadurch verbessert, dass im Geschäftsjahr 2019 keine Tilgungen für Darlehen vorzunehmen waren. Der Cashflow der Investitionstätigkeit deckt die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit und aus der laufenden Geschäftstätigkeit.

Ertragslage

	2019		2018	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Umsatzerlöse	512,8	98,4	488,0	98,4
Andere betriebliche Erträge	8,1	1,6	7,8	1,6
Betriebliche Erträge	520,9	100,0	495,8	100,0
Materialaufwand	-450,0	-86,4	-392,8	-79,2
Personalaufwand	-7,9	-1,5	-8,2	-1,7
Abschreibungen	-21,8	-4,2	-21,9	-4,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-16,9	-3,2	-24,4	-4,9
Betriebliche Aufwendungen	-496,6	-95,3	-447,3	-90,2
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	24,3	4,7	48,5	9,8
Ergebnis Finanzanlagen	6,0	1,2	12,4	2,5
Zinsergebnis	-3,8	-0,7	-5,6	-1,1
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,0	0,0	-1,0	-0,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26,5	5,1	54,3	11,0
Steuern	-10,5	-2,0	-16,3	-3,3
Jahresüberschuss	16,0	3,1	38,0	7,7

(rundungsbedingte %-Abweichungen möglich)

Ergebnis. MITGAS erzielte im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 16,0 Mio. € (Vorjahr: 38,0 Mio. €).

Die Umsatzerlöse aus dem Energieverkauf belaufen sich auf 445,7 Mio. € (Vorjahr: 419,1 Mio. €). Wesentliche Ursache für den Anstieg sind höhere Umsatzerlöse im Segment der Weiterverteiler.

Die sonstigen Umsatzerlöse summieren sich auf 67,2 Mio. € (Vorjahr: 69,0 Mio. €) und beinhalten im Wesentlichen Erlöse aus der Verpachtung des Verteilernetzes, aus Dienstleistungsentgelten sowie aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erlösen aus Personalüberlassung infolge der Umsetzung gesetzlicher Anforderungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 8,1 Mio. € (Vorjahr: 7,8 Mio. €). Sie resultieren weitgehend aus Auflösungen von Rückstellungen, aus Erträgen aus Konzessionsabgaben und Erträgen aus Anlageabgängen.

Der Materialaufwand in Höhe von 450,0 Mio. € (Vorjahr: 392,8 Mio. €) umfasst neben den Gasbeschaffungskosten die Aufwendungen für Netzentgelte, die Aufwendungen für die Nutzung des Gasspeichers, die Aufwendungen für Betrieb und Instandhaltung sowie die Energieabrechnungsleistungen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Vorsorgeaufwendungen für das Speichergeschäft sowie aus gestiegenen Beschaffungskosten.

Der Personalaufwand beläuft sich auf 7,9 Mio. € (Vorjahr: 8,2 Mio. €).

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen liegen bei 21,8 Mio. € (Vorjahr: 21,9 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 16,9 Mio. € (Vorjahr: 24,4 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Konzessionsabgaben, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungsaufwendungen sowie Aufwendungen für Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungszuführungen. Der Rückgang ist vor allem auf geringere Aufwendungen aus der Gestellung von Arbeitskräften sowie auf den Entfall von Rückstellungseffekten zurückzuführen.

Das Ergebnis aus Gewinnabführungsverträgen in Höhe von 5,9 Mio. € (Vorjahr: 12,3 Mio. €) umfasst die Gewinnabführungen der Netzgesellschaften MITNETZ GAS und MITNETZ GAS HD. Die Veränderung in Höhe von -6,4 Mio. € ist auf Temperatureffekte und gesunkene Netzentgelte bei MITNETZ GAS zurückzuführen. Die Erträge aus Beteiligungen betragen 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €).

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen im Vorjahr beinhalten die Einzelwertberichtigung einer langfristigen Darlehensforderung wegen des schlechten Ratings des Darlehensnehmers. Dieser Effekt entfällt im Berichtsjahr.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in Höhe von 3,8 Mio. € (Vorjahr: 6,0 Mio. €) beinhalten in Höhe von 2,1 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €) Zinsen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Gasaufkommen und -abgabe

Gasaufkommen. Im Geschäftsjahr 2019 deckten Lieferungen der innogy SE und der VNG AG, den größten Teil des Gasbedarfs ab. Darüber hinaus unterhielt MITGAS Gasbezugsverträge mit weiteren Handelspartnern.

	2019 GWh	2018 GWh
innogy SE	12.306	9.756
VNG AG	1.390	1.751
Sonstige (inkl. Speichersaldo)	2.149	3.588
Gasaufkommen	15.845	15.095

Gasabgabe. Der Absatz für die Privat- und Gewerbekunden konnte aufgrund des höheren Kundenbestandes und der nicht ganz so milden Witterung im Vergleich zum Vorjahr konstant gehalten werden. Bei den mittleren und großen Geschäftskunden konnte der Absatz trotz hoher Wettbewerbsintensität deutlich gesteigert werden. MITGAS hat trotz eines verschärften Wettbewerbs am Gasmarkt den Absatz an Weiterverteiler in Ostdeutschland gesteigert. Im Vertriebshandel wurden die Absatzziele des Vorjahres ebenfalls erreicht.

In der Planung für das Geschäftsjahr 2019 ist MITGAS von einem Gesamtabsatz von rund 13.500 GWh ausgegangen. Sowohl der Planabsatz als auch der Gesamtabsatz des Vorjahres konnte übertroffen werden.

	2019 GWh	2018 GWh
Privat- und Gewerbekunden	2.299	2.278
Geschäftskunden	2.201	1.886
Weiterverteiler/Vertriebshandel	11.342	10.927
Gasabgabe gesamt (ohne Betriebsverbrauch)	15.842	15.091

Investitionen

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen im Geschäftsjahr 2019 21,8 Mio. € (Vorjahr: 24,6 Mio. €). Der Rückgang resultiert maßgeblich aus geringeren Investitionen in Biogaseinspeiseanlagen.

In der Planung für das Geschäftsjahr 2019 war das Unternehmen von Investitionen in Höhe von 22,3 Mio. € ausgegangen. Das Niveau konnte weitgehend realisiert werden.

Im nicht regulierten Bereich tätigte MITGAS Investitionen in Höhe von 0,2 Mio. €. Dazu gehörten im Wesentlichen Wärmeerzeugungsanlagen.

Die Investitionen im regulierten Bereich in Höhe von 21,6 Mio. € erfolgten überwiegend im Rahmen eines Pachtvertrages durch MITNETZ GAS. Im Wesentlichen wurde die Umsetzung der DBI-Rohrnetzstudie fortgeführt, Hausanschlüsse installiert und Investitionen in Biogaserzeugungsanlagen durchgeführt.

Beteiligungen

MITGAS verfügt zum 31. Dezember 2019 unverändert über sechs Beteiligungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt MITGAS verschiedene Kennzahlen. Als wesentliche Steuerungsgrößen im finanzbezogenen Bereich werden das betriebliche Ergebnis nach IFRS und die Höhe der Investitionen verwendet.

Betriebliches Ergebnis nach IFRS. Der Jahresüberschuss nach HGB wird wie folgt auf das betriebliche Ergebnis nach IFRS übergeleitet.

	2019 Mio. €	2018 Mio. €
Jahresüberschuss (HGB)	16,0	38,0
Ergebnis nach Steuern (HGB)	16,0	38,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (HGB)	10,5	16,3
Finanzergebnis (HGB)	3,8	6,6
Betriebliches Ergebnis / EBITA (HGB)	30,3	60,9
Überleitung (HGB / IFRS)	13,6	-1,0
Betriebliches Ergebnis / EBITA (IFRS)	43,9	59,9

Die Überleitung (HGB/IFRS) resultiert insbesondere aus unterschiedlichen Rechnungslegungsvorschriften zur Rückstellungsbewertung.

In der Prognose für das Geschäftsjahr 2019 war MITGAS von einem betrieblichen Ergebnis (IFRS) von 47,0 Mio. € ausgegangen. Zum Jahresende betrug das betriebliche Ergebnis (IFRS) 43,9 Mio. €. Der Rückgang gegenüber der Prognose resultiert vor allem aus der Verschiebung von Konzessionsabgängen. Der Rückgang des betrieblichen Ergebnisses (IFRS) im Vergleich zum Vorjahr (59,9 Mio. €) ergibt sich unter anderem aus dem Entfall positiver Sondereffekte im EBITA sowie im Beteiligungsergebnis.

Investitionen. Das Netzgeschäft des Unternehmens ist anlagenintensiv. Die optimale Höhe an Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bildet daher eine weitere Zielgröße bei MITGAS. Die Entwicklung der Investitionen ist im Abschnitt Investitionen dargestellt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung des nicht finanzbezogenen Bereichs von MITGAS stellen die Kennzahlen Kundenzufriedenheitsindex und Gasabsatz wichtige unternehmerische Messgrößen dar.

Kundenzufriedenheitsindex. Die Zufriedenheit der Kunden mit den Produkten und Dienstleistungen von MITGAS ist eine wesentliche Grundlage für den vertrieblichen Erfolg. Die Kundenzufriedenheit basiert dabei auf realen Kundeneinschätzungen, die über eine jährliche Kundenumfrage ermittelt werden. Als Maßzahl fasst der Kundenzufriedenheitsindex alle abgegebenen Meinungen auf einer Skala von 0 bis 100 zusammen. So können mithilfe des Index Idealvorstellungen der Kunden (Soll) mit der tatsächlich wahrgenommenen Unternehmensleistung (Ist) über einen definierten Zeitraum miteinander verglichen werden.

Der Kundenzufriedenheitsindex bei Privatkunden lag im Geschäftsjahr bei 84 Punkten (2018: 84 Punkte). Im Vergleich zum Vorjahr konnte MITGAS die Zufriedenheit seiner Privatkunden somit auf hohem Niveau halten. In der Prognose hatte MITGAS einen Kundenzufriedenheitsindex von mindestens 84 Punkten angestrebt. Die Zielerreichung konnte durch gezielte Service- und Kundenbindungsmaßnahmen und der Verbesserung des Produkt- und Dienstleistungsportfolios erreicht werden.

Gasabsatz. Die vertrieblichen Aktivitäten von MITGAS werden über Absatzziele gesteuert. Wesentlich hierbei ist der Gasabsatz gemessen in Kilowattstunden. Für diesen werden jährlich Ziele im Mittelfristplanungszeitraum festgelegt. Die Entwicklung des Gasabsatzes ist im Abschnitt Gasaufkommen und -abgabe dargestellt.

Mitarbeiter

Personalbestand. Der Personalbestand zum 31. Dezember 2019 setzt sich wie folgt zusammen.

	31.12.2019	31.12.2018
Beschäftigte	81	102
davon Teilzeit	(13)	(16)
Mitarbeiteräquivalente	79	100

Die Veränderung ist im Wesentlichen durch neue strukturelle Zuordnungen innerhalb der enviaM-Gruppe begründet. Die berufliche Erstausbildung und die Weiterbildung der Mitarbeiter wird durch Tochtergesellschaften der MITGAS vorgenommen.

Personalmanagement. Zur Digitalisierung des Personalmanagements wurden im Geschäftsjahr 2019 das digitale Personalplanungssystem Prevero und die digitale eRecruiting und Weiterbildungsplattform SuccesFactors eingeführt. Im eRecruiting werden Bewerberprofile, Kompetenzen und die jeweiligen Stellenanforderungen abgeglichen. Im eLearningmodul sind alle Qualifizierungsmaßnahmen digital buchbar sowie Lernhistorien und Schulungsmaterial hinterlegt. Zugleich wurden neue Formen des Recruitings für Auszubildende über das Netzwerk eSports auf den Weg gebracht. Unabhängig von den digitalen Themen wurden in 2019 die Gefährdungsbeurteilung psychische Belastung und die Nachbereitung der Mitarbeiterbefragung weiter begleitet.

Im Rahmen der IMS Rezertifizierung wurde in 2019 das Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsystem nach ISO 45001 auditiert.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Auf der Grundlage des § 6b Abs. 3 EnWG vom 7. Juli 2005 ist MITGAS verpflichtet, getrennte Konten in den Tätigkeitsbereichen „Gasverteilung“ und „Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“ zu führen. Für den Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ hat MITGAS gemäß § 6b Abs. 3 EnWG einen Tätigkeitsabschluss erstellt.

Der Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ erfasst alle mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Gasverteilungsnetz von MITGAS in Zusammenhang stehenden Geschäftsvorfälle. Die Gasbeschaffung, der Gasvertrieb und das Beteiligungsgeschäft gehören zum Tätigkeitsbereich „Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“.

Auf Basis der Kostenrechnung von MITGAS wurden wesentliche Aufwendungen und Erträge direkt den Tätigkeitsbereichen zugeordnet. In der Bilanz erfolgte eine direkte Zuordnung wesentlicher Aktiv- und Passivpositionen. In den Fällen, wo dies nicht möglich war oder mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel.

Chancen- und Risikomanagement

Chancen- und Risikomanagement-System. Im Rahmen der unternehmerischen Tätigkeiten ist MITGAS einer Vielzahl verschiedener Risiken ausgesetzt. Ein ganzheitlich organisiertes Risiko- und Chancenmanagement ist daher elementarer Bestandteil der Unternehmensführung. Dabei werden neben Einzelrisiken – weit unterhalb der Schwelle einer möglichen Existenzgefährdung – und adäquaten Ansatzpunkten zur Risikosteuerung auch entsprechende Chancen gezielt untersucht.

In das Chancen- und Risikomanagement werden alle Unternehmen einbezogen, an denen MITGAS zu mindestens 20 % direkt beteiligt ist. Primäres Ziel ist es, dabei möglichst frühzeitig Informationen über Risiko- und Chancenpotenziale und damit verbundene finanzielle Auswirkungen zu gewinnen. Die entsprechenden Erkenntnisse fließen in unternehmerische Entscheidungsprozesse ein und unterstützen somit den langfristigen Unternehmenserfolg. Durch abgeschlossene Gewinnabführungsverträge werden wesentliche Risiken der Netzbeteiligungsgesellschaften bei MITGAS wirksam. Die wesentlichen Risiken lassen sich wie folgt systematisieren.

Temperaturrisiken. Risiken und Chancen aus Temperatureffekten im Gas-Vertrieb sowie im Gas-Netzbereich haben ihre Ursache in der Temperaturelastizität des Erdgasverbrauchs. Die temperaturabhängigen Verbräuche führen zu unsicheren Vertriebsmengen sowie Netznutzungen, womit auch Schwankungen der Vertriebserträge sowie der für die Netznutzung von Händlern zu entrichtenden Entgelte verbunden sind.

Im Vertriebsbereich hat MITGAS Temperaturrisiken beziehungsweise resultierende Rohertragsrisiken in den vergangenen Winterhalbjahren 2017/18 und 2018/19 durch Hedge-Transaktionen begrenzt. Da die Prämien für die Absicherung solcher Margen-Hedges (Wetter-Swaps) drastisch gestiegen sind, hätten die Absicherungskosten in keinem angemessenen Verhältnis zur möglichen Risikoreduzierung gestanden, so dass auf die Absicherung der Temperaturrisiken in Form von Margen-Hedges im Winterhalbjahr 2019/2020 verzichtet wurde.

Betriebsrisiken. Betriebsrisiken bzw. operative Risiken betreffen insbesondere die Nicht-Verfügbarkeit von technischen Anlagen.

Kreditrisiken. Grundsätzlich sind mit dem Vertriebsgeschäft Kreditrisiken verbunden, da Kunden ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen ggf. nicht oder nicht fristgerecht nachkommen. MITGAS begrenzt die negativen Einflüsse mittels kundenindividueller Bonitätsprüfungen, u. a. durch adäquate Gestaltung von Lieferverträgen und Zahlungsbedingungen, die Vergabe von Kreditlimits sowie durch ein stringentes Forderungsmanagement.

Marktrisiken. Aufgrund des Wettbewerbsdrucks ergeben sich Preis- und Absatzrisiken auf den Gasmärkten sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust beziehungsweise Gewinn von Konzessionsverträgen. Den Risiken begegnet MITGAS unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, kundenorientierte Produkte und Dienstleistungen sowie mit einer weitgehend absatzorientierten Beschaffung und einem effektiven Kostenmanagement.

Als Gasversorger unterliegt MITGAS bezüglich ihrer Commodity-Positionen entsprechenden Markt- und Kreditrisiken. Diese Positionen entstehen bei jedem Kauf oder Verkauf von Erdgas. Zur Steuerung und Überwachung werden diese Risiken auf Basis von Risikoricthlinien erfasst und bewertet. Ziel der Commodity-Risikostrategie ist es, Markttrisiken durch angemessene Beschaffungsverfahren und Absicherungsgeschäfte zu vermeiden beziehungsweise zu begrenzen. Das Portfoliomeeting von MITGAS beschäftigt sich regelmäßig mit der Beurteilung und Steuerung dieser Risiken. Kreditrisiken werden dahingehend gemanagt, dass die Bonität unserer Geschäftspartner ermittelt und auf dieser Basis Limite festgelegt und bei Bedarf Kreditrisiko vermindernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Bei Bedarf setzt MITGAS im Rahmen der Risikomanagementstrategie derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von vorhandenen Preisrisiken aus Commodity-Geschäften ein. Die originären Energieliefer- und Bezugsverträge von MITGAS stellen in der Regel keine derivativen Finanzinstrumente dar, da diese einen für den Erwerb, die Veräußerung oder den eigenen Gebrauch erwarteten Bedarf darstellen beziehungsweise absichern. Insofern derartige Verträge jedoch Rückandienungsrechte enthalten oder Optionen darstellen, die auf Basis einer marktrationalen Einschätzung ausgeübt werden können, handelt es sich bei diesen Verträgen um derivative Finanzinstrumente.

Zur Absicherung von Preisrisiken setzt MITGAS unter anderem Swap-Geschäfte ein. Hierbei handelt es sich um Preisabsicherungen für Gaspositionen, welche aus originären Liefer- und Bezugsverträgen mit entsprechenden Preisindexierungen resultieren. Die finanzielle Absicherung ist der physischen Glattstellung wirtschaftlich und operationell überlegen. Entsprechende Absicherungsgeschäfte werden mit unterschiedlichen Marktpartnern getätigt.

Im Vertrieb inklusive des Absatzportfoliomanagements werden zudem Sicherungsgeschäfte eingesetzt, um die wirtschaftliche Absicherung der Risikopositionen auch bilanziell dokumentieren zu können. Dies ist notwendig, weil eine Absicherung der Positionen auf Basis von Portfolien durchgeführt wird und daher eine Vielzahl von Einzeltransaktionen zu einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung zusammengesetzt wird. Die Bewertungseinheit umfasst dabei physische Geschäfte sowie Finanzinstrumente und Warentermingeschäfte, welche nicht als Finanzinstrumente klassifiziert sind. Speziell im Privatkundensegment sind zudem antizipative Grundgeschäfte auf Basis der Absatz-erwartungen des Segmentes Bestandteil der Bewertungseinheit.

Risiko-Portfolio. Das Risiko-Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens in Prozent und erwartete Schadenshöhe in Mio. €. Die Wesentlichkeitsgrenze für potenzielle Schäden wurde mit 15 Mio. € pro Jahr festgelegt. Grundsätzlich werden folgend nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind und über der benannten Wesentlichkeitsgrenze liegen, wobei gleichzeitig eine abgeschätzte Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens zehn Prozent vorliegen muss.

Die folgende Tabelle skizziert die Darstellungsweise im Risiko-Portfolio:

Schadenshöhe

Existenzbedrohend	≥ 50 % vom Eigenkapital				
Kritisch	> 34 Mio. €				
Schwerwiegend	> 14 – 34 Mio. €		(1)		
Mittel	> 7 – 14 Mio. €				
Gering	< 7 Mio. €				
		Niedrig > 1 % bis 10 %	Mittel > 10 % bis 20 %	Hoch > 20 % bis 50 %	Sehr hoch > 50 % bis 100 %

- Akuter Handlungsbedarf
- Beobachten, ggf. handeln
- Überwachen

Eintrittswahrscheinlichkeit

Im Berichtsjahr wurde ein Risiko als wesentlich eingestuft. Dabei handelt es sich um die „Gefahr des Betriebsmittelverlustes mit der Folge von Versorgungsstörungen“ im Gasnetz. Als Risikoursache werden Netzanlagen mit einem Alter größer als der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesehen, da ein Teil dieser Anlagen höhere Ausfälle bzw. entsprechende technische Probleme verursachen kann. Im Rahmen von Untersuchungen zur Altersstruktur wurden alle Anlagen mit einem Alter oberhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bewertet und entsprechende Maßnahmen zur Risikosteuerung bzw. Risikovorbeugung entwickelt. Diese reichen vom Vorhalten von Handlungsanweisungen zur Störungsbeherrschung in der Schaltleitung und Schulungsprogrammen über die Kürzung des Kontrollturnus für bekannte Anlagen an kritischen Netzpunkten bis zur Untersuchung von Ereignissen zur Gewinnung von Erkenntnissen und Rückschlüssen für baugleiche Betriebsmittel und danach der gezielte Austausch gefährdeter Betriebsmittel und einer Erhöhung der Aufwendungen für konkret betroffene und auffällige Betriebsmittelgruppen. Ein pauschaler Ersatz aller Anlagen ab einem bestimmten Alter erfolgt nicht, sondern nur im Zusammenhang mit einer Zustands- und Ereignisbewertung.

Risikokorrelation. Im Rahmen der Risiko-Identifikation wird auf eine zutreffende Ermittlung und klare Abgrenzung des Wirkungszusammenhangs von Risikoursache und Risikoeintritt (Schaden) geachtet: Mehrere Schäden, die von derselben Risikoursache abhängen (Korrelation), werden auf Basis eines Szenarios bewertet und zu einer Risikoposition zusammengefasst. Sonst besteht die Gefahr, dass eine mögliche Kumulation mehrerer kleinerer Schäden infolge des Eintritts nur einer Risikoursache übersehen und dementsprechend das Risikopotenzial unterschätzt wird. Auch einzeln nicht meldepflichtige Risiken können gegebenenfalls einheitenübergreifend und in Zusammenfassung entsprechende Melde- bzw. Wesentlichkeitsgrenzen überschreiten.

Organisation des Risikomanagements. Unser Chancen- und Risikomanagement-System wird stetig weiterentwickelt, damit Entwicklungen, die den Fortbestand beziehungsweise die Ergebnislage der Gesellschaft gefährden oder wesentlich beeinflussen, frühzeitig erkannt werden können. Wesentliche Risikopositionen werden intern sowohl stichtagsbezogen als auch z. T. laufend überwacht und bei Überschreiten festgelegter Meldegrenzen (unverzögliches Einzelfallreporting) kommuniziert, damit entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können. Darüber hinaus besteht bei MITGAS ein funktionsfähiges Compliance-Management-System zur Sicherstellung regelkonformen Verhaltens mit Schwerpunkt auf Korruptionsbekämpfung bei allen geschäftlichen Aktivitäten.

Gesamtrisikolage. Weder durch Einzelrisiken noch durch aggregierte Positionen bestanden im Berichtszeitraum für MITGAS Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten. Derartige Risiken sind auch für das Geschäftsjahr 2020 aktuell nicht erkennbar.

Zusätzliche Chancen. Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil der MITGAS-Unternehmensstrategie. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen. Entsprechende Prozess- und Kostenoptimierungen sind ein zentraler Bestandteil des bereits in 2013 initiierten Programms „enviaM 20+“, welches sich über alle Geschäftsbereiche und Gesellschaften der enviaM-Gruppe und damit auch auf MITGAS erstreckt und auf mehrere Jahre angelegt ist.

Darüber hinaus hat MITGAS ein systematisches Veränderungsmanagement etabliert und mit den bestehenden Optimierungsprogrammen verknüpft. Ziel ist, Arbeits- und Verhaltensweisen zu hinterfragen und die Innovations- und Lernfähigkeit zu verbessern. Ein weiterer Schwerpunkt ist eine übergreifende Geschäftsfeldentwicklung mit dem Fokus auf neue und kundenorientierte Produkte und Dienstleistungen. MITGAS ist Anbieter für Erdgas, Bioerdgas und Wärme sowie Energiedienstleistungen in Ostdeutschland. Im Hinblick auf die zunehmende dezentrale und regenerative Energieversorgung werden hierbei auch neue Geschäftsmodelle entwickelt und somit unternehmerische Chancen wahrgenommen. Chancen ergeben sich für MITGAS zudem durch die Intensivierung der Vertriebsaktivitäten in Deutschland.

Wettbewerbs- und Ergebnisancen können auch durch die Teilnahme an Ausschreibungen im Gasbereich, im Bereich der Konzessionen sowie durch die aktive Vermarktung von energienahen Dienstleistungen in Netz und Vertrieb realisiert werden.

Im Netzbereich stellt eine Fortführung der erfolgreichen Aktionen zur Akquise von Neuanschlüssen einen wichtigen Bestandteil zur Netzerweiterung sowie -verdichtung für den effizienten Gasnetzbetrieb dar.

Prognosebericht

Konjunktureller Ausblick. Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2020 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 Prozent. [BMWi Herbstprojektion 2019]

Rahmenbedingungen. Zentrales Ziel der deutschen Klimaschutzpolitik ist die Minderung von Treibhausgasemissionen. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, seine nationalen Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent, bis 2030 um mindestens 55 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Um die Ziele so schnell wie möglich zu erreichen, hat die Bundesregierung im Berichtsjahr das sogenannte Klimapakett auf den Weg gebracht.

Basis der deutschen Klimapolitik wird in Zukunft das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) sein. Dieses integriert die Klimaschutzziele von Paris in deutsches Recht und macht sie damit verpflichtend. Gleichzeitig sind sektorspezifische Ziele für Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Sonstiges enthalten. Auf dieser Grundlage müssen die jeweilig zuständigen Fachministerien sektorbezogene Maßnahmen ergreifen, um die Emissionen entsprechend zu reduzieren.

Das zentrale Instrument des deutschen Klimaschutzes wird ab 2021 die Bepreisung von CO₂ im sogenannten nationalen Emissionshandelssystem. Laut Gesetz soll der Zertifikatehandel im Jahr 2021 mit einem Festpreis von 10 € t/CO₂ starten und fast alle Emissionen erfassen, die nicht dem europäischen Zertifikatehandel unterliegen. Der Festpreis soll dann jährlich steigen, bis er 2025 35 € t/CO₂ erreicht. Ab 2026 soll das Festpreissystem von einem vollwertigen nationalen Zertifikatehandel in einem Preiskorridor von 35 bis 60 €/t CO₂ abgelöst werden. Dies ermöglicht die unmittelbare Festlegung der zulässigen Gesamtemissionen durch die Bundespolitik.

Der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat hat bei den Verhandlungen zu dem „Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht“ aber bereits eine Überarbeitung der Preisstufen vereinbart. Das Bundeskabinett hat sich daher am 18.12.2019 zu einer neuen Preisgestaltung verpflichtet. Der Festpreis soll im Jahr 2021 mit 25 € t/CO₂ beginnen und bis zum Jahr 2025 jährlich bis zu einem Preis von 55 € t/CO₂ ansteigen. Ab 2026 soll das Festpreissystem von einem vollwertigen nationalen Zertifikatehandel in einem Preiskorridor von 55 € t/CO₂ bis 65 € t/CO₂ abgelöst werden.

Die Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung will die Bundesregierung zur Entlastung der Bürger nutzen und zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen finanzieren. Für MITGAS geht der nationale Emissionshandel als Gasversorger beim Endkunden mit der neuen Rolle des sog. „Inverkehrbringers“ einher. MITGAS ist damit verpflichtet, CO₂-Zertifikate für das vertriebene Gas zu beschaffen und einen jährlichen Emissionsbericht abzugeben.

Im Rahmen des Klimapaketes wurde auch ein Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) vom Bundeskabinett beschlossen, das verschiedene energierechtliche Vorschriften bündeln, vereinheitlichen und vor allem energieeffizientes Bauen anreizen soll. Neu ist dabei das grundsätzliche Einbauverbot für Ölheizungen ab 2026. Ausnahmetatbestände sind gesetzlich geregelt.

Die Arbeiten am europäischen „Clean Energy Package“ („Winterpaket“) sind seit Juni 2019 vollständig abgeschlossen. Die Mitgliedsstaaten müssen die Regelungen der Richtlinien des Paketes spätestens bis zum 31. Dezember 2020 in nationales Recht umsetzen.

Vertrieb. MITGAS strebt auch im Jahr 2020 an, einer der größten regionalen Gasversorger in Ostdeutschland zu sein. Von besonderer Bedeutung dafür ist eine hohe Kundenzufriedenheit. Für das Geschäftsjahr 2020 strebt MITGAS an, den Kundenzufriedenheitsindex für Privatkunden des Jahres 2019 wieder zu erreichen.

Die Komplexität des Energiegeschäftes wird im Zuge der voranschreitenden Energiewende weiter zunehmen. Wachstumspotenziale sieht das Unternehmen in diesem Umfeld weiterhin im Bereich der Dienstleistungserbringung. Die Digitalisierung gibt hierzu entscheidende Impulse. In Kooperationen mit innovativen Partnern aus der Region wird MITGAS in Zusammenarbeit mit enviaM verstärkt digitale Anwendungen für verschiedene Kundenbedürfnisse entwickeln. Darüber hinaus stehen für unsere Kunden weiterhin dezentrale Versorgungslösungen, Beratungsleistungen bei Auditierungs- und Zertifizierungsanforderungen im Fokus. MITGAS setzt die Entwicklung vom reinen Gaslieferanten hin zum ganzheitlichen Energiedienstleister konsequent fort. Von besonderem Interesse für alle Kundengruppen sind Energieeffizienzmaßnahmen, um den steigenden Kosten der Energiewende zu begegnen. Darüber hinaus wird der Vertrieb außerhalb des Grundversorgungsgebietes von MITGAS weiter intensiv fortgesetzt.

Entwicklung Biogas. Derzeit sind keine weiteren Anschlüsse von Biogaseinspeiseanlagen beauftragt. Durch vertragliche Anpassungsmaßnahmen ist tendenziell mit einem leichten Rückgang der im Gashochdrucknetz von MITNETZ GAS angeschlossenen Einspeisekapazität zu rechnen.

Netz. Schwerpunkt bleibt die Erneuerung von Hochdruckleitungen. Des Weiteren wird an der Umsetzung des Konzeptes zum Umbau der offenen Niederdrucknetze und der Erneuerung von Stahlniederdruck- und Stahlmitteldruckleitungen gearbeitet. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Netzaktivitäten bleibt die Erweiterung und die Verdichtung der Leitungsnetze durch den Anschluss neuer Privat- und Industriekunden.

Konzessionen. Die Intensität des Wettbewerbs um Konzessionen wird in den kommenden Jahren unverändert anhalten. Über ein etabliertes Konzessions- und Kommunalmanagement strebt MITGAS die Sicherung der Konzessionsverträge an.

Personal. Mit zunehmender Digitalisierung und einer agiler werdenden Arbeitsorganisation verändern sich Prozesse und Formen der Zusammenarbeit. Damit einher geht nicht nur ein zeitgemäßes agiles Kapazitätsmanagement, sondern auch ein verändertes Führungsverhalten. Der bereits in 2019 aufgesetzte neue Potenzialträgerprozess „Entdeckungen“ bildet einen wesentlichen Baustein im Rahmen der Fach- und Führungskräfteentwicklung in der enviaM-Gruppe, in deren Fokus die Weiterentwicklung digitaler Fach- und Führungskompetenzen liegt.

Prognose 2020. Ziel von MITGAS ist es, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Für das folgende Jahr erwartet MITGAS den Kundenbestand bei den Privat- und Gewerbekunden stabil halten zu können. In den Bereichen Vertriebshandel, Geschäftskunden und Weiterverteiler werden aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation rückläufige Absätze erwartet. Der Gesamtabsatz im Geschäftsjahr 2020 wird mit rund 12.200 GWh geplant.

Das Unternehmen geht für das Geschäftsjahr 2020 von einem Betrieblichen Ergebnis/EBITA nach IFRS in der Größenordnung von 32 Mio. € aus. Die Basis dafür bildet ein stabiles operatives Geschäft. Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen werden mit rund 21 Mio. € veranschlagt und liegen damit unter dem Niveau von 2019. Der Rückgang ist mit geringeren Investitionen in Biogaseinspeiseanlagen begründet. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bildet weiterhin das Gasverteilernetz.

Der Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung von MITGAS. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn die Geschäftsführung davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund einer Vielzahl von internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019

MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH

Bilanz

Aktiva	31.12.2019 T€	31.12.2018 T€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	12	0
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	694	587
	706	587
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.047	3.983
Technische Anlagen und Maschinen	289.959	286.321
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.134	1.184
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.422	8.928
	299.562	300.416
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	310	310
Beteiligungen	2.040	2.054
Sonstige Ausleihungen	8.318	7.922
	10.668	10.286
	310.936	311.289
Umlaufvermögen		
Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.675	1.670
Fertige Erzeugnisse und Waren	32.450	10.454
	34.125	12.124
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.704	40.536
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.264	67.025
Sonstige Vermögensgegenstände	8.101	1.618
	37.069	109.179
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	12	12
	71.206	121.315
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	182	489
Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	63	64
	382.387	433.157

Passiva	31.12.2019 T€	31.12.2018 T€
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	82.000	82.000
Kapitalrücklage	9.956	9.956
Jahresüberschuss	15.988	38.032
	107.944	129.988
Sonderposten		
Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	2.335	2.495
	2.335	2.495
Rückstellungen		
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.875	7.180
Steuerrückstellungen	2.483	8.363
Sonstige Rückstellungen	86.154	81.630
	94.512	97.173
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.000	30.000
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.673	19.015
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.115	21.120
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	115.373	95.028
Sonstige Verbindlichkeiten	3.187	6.768
davon aus Steuern	(101)	(3.764)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(15)	(0)
	172.348	171.931
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	5.248	31.570
	382.387	433.157

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T€	2018 T€
Umsatzerlöse inkl. Strom- bzw. Energiesteuer	534.627	510.526
Strom- bzw. Energiesteuer	- 21.786	- 22.531
Umsatzerlöse	512.841	487.995
Andere aktivierte Eigenleistungen	5	24
Sonstige betriebliche Erträge	8.050	7.735
Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	- 344.447	- 305.476
Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 105.593	- 87.277
	- 450.040	- 392.753
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	- 6.454	- 6.361
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	- 1.422	- 1.805
davon für Altersversorgung	(- 385)	(- 778)
	- 7.876	- 8.166
Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 21.821	- 21.926
	- 21.821	- 21.926
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 16.911	- 24.362
Erträge aus Beteiligungen	167	156
davon aus verbundenen Unternehmen	(93)	(68)
Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen		
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	5.886	12.257
	5.886	12.257
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34	381
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	- 983
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 3.794	- 5.967
davon an verbundene Unternehmen	(- 842)	(- 833)
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 10.539	- 16.338
Ergebnis nach Steuern	16.002	38.053
Sonstige Steuern	- 14	- 21
Jahresüberschuss	15.988	38.032

Anhang

Allgemeines

Die wirtschaftliche Tätigkeit der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH mit Sitz in Halle (Saale) (im Folgenden auch kurz „MITGAS“ genannt) erstreckt sich im Wesentlichen auf die Beschaffung und die Versorgung mit Gas und Wärme.

MITGAS ist eine große Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 3 HGB und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Stendal unter der Nummer HRB 212974 eingetragen.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 wurden die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften – unter Beachtung der Regelungen des GmbHG und des EnWG – angewendet.

Soweit Angaben wahlweise in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang vorgenommen werden können, erfolgen diese Angaben überwiegend in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Jahresabschluss wird in Euro (€) aufgestellt; die Beträge werden in Tausend Euro (T€) angegeben. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

MITGAS und ihre Tochterunternehmen werden analog des Vorjahres in den Konzernabschluss der innogy SE, Essen, (kleinster Konsolidierungskreis) einbezogen. Während MITGAS und ihre Tochtergesellschaften hinsichtlich des größten Konsolidierungskreises im Vorjahr Bestandteil des Konzernabschlusses der RWE AG, Essen, war, werden diese Gesellschaften im Berichtsjahr im Konzernabschluss der E.ON SE, Essen, erfasst. Die Konzernabschlüsse werden nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Konzernabschluss und Konzernlagebericht der innogy SE und der E.ON SE werden beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch eingereicht und bekannt gemacht (www.bundesanzeiger.de). Aus diesem Grund ist MITGAS unter Beachtung von § 291 HGB von der Verpflichtung befreit, einen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen. Ein Antrag von Minderheitsgesellschaftern zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes nach § 291 Abs 3 Nr. 2 HGB wurde nicht gestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

MITGAS hat im Jahr 2019 erstmals von dem Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände zu aktivieren. Sie werden zu Herstellungskosten aktiviert, sofern zum Abschlussstichtag zumindest eine hohe Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Entstehung eines Vermögensgegenstandes besteht. Zu den Herstellungskosten zählen die der Entwicklung zurechenbaren Kosten durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer – im Zu- und Abgangsjahr zeitanteilig – linear abgeschrieben.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer – im Zu- und Abgangsjahr zeitanteilig – linear abgeschrieben.

Zugänge zu den Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Der Umfang der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 HGB. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten für Material und Lohn sowie angemessene Teile der Material-, Fertigungs- und Verwaltungsgemeinkosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen werden mit dem Nennbetrag bewertet.

Die Abschreibungen erfolgen auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Bezogen auf den überwiegenden Anteil der Anschaffungs- und Herstellungskosten werden den planmäßigen Abschreibungen folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

	Jahre
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Software, Lizenzen	2 – 20
sonstige Rechte	20
Dienstbarkeiten	5 – 20
Selbstgeschaffene Software	5
Gebäude	12 – 50
Technische Anlagen	
Gasverteilungsanlagen	15 – 40
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 25

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen für alle Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens nach der linearen Methode.

Übertragungen der Rücklage für Ersatzbeschaffung wurden bis zum 31. Dezember 2009 als Minderung des Sachanlagevermögens gebucht. Diese Bilanzierung wurde bei erstmaliger Anwendung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) am 1. Januar 2010 gemäß Art. 67 Abs. 4 EGHGB beibehalten.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten mehr als 250,00 € und nicht mehr als 800,00 € betragen, werden mit Ausnahme der Zähler im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

Geringwertige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zu 250,00 € werden im Jahr der Anschaffung grundsätzlich aufwandswirksam erfasst.

Darüber hinaus werden außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen vorgenommen, soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände voraussichtlich dauerhaft unter dem Buchwert liegen. Im Falle des Wegfalls der Gründe für außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen Zuschreibungen, die bei abnutzbaren Vermögensgegenständen des Anlagevermögens unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen erfolgen.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen zum Nennwert bewertet. Ist der beizulegende Wert aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung niedriger, wurde dieser angesetzt.

Vorräte sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB unter grundsätzlicher Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet, soweit sie nicht in eine Bewertungseinheit einbezogen sind. Für die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurde das rollierende Durchschnittsverfahren angewendet. Die Gasvorräte sind Bestandteil der Bewertungseinheit (Makro Hedge).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden durch angemessene Abschläge berücksichtigt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden geleistete Zahlungen abgegrenzt, soweit diese auf Folgejahre entfallen.

Für Rückstellungen, die wegen der erstmaligen Anwendung des § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB in der DM-Eröffnungsbilanz zu bilden waren, ist auf der Aktivseite ein Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung ausgewiesen, das entsprechend der Inanspruchnahme bzw. Auflösung dieser Rückstellungen abgeschrieben wird.

Bestehende Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen werden, führen sowohl zu aktiven als auch zu passiven latenten Steuern, die saldiert werden. Eine Nutzung des Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB erfolgt nicht, so dass nach Saldierung keine Aktivierung der latenten Steuern vorgenommen wird.

Passiva

Das Eigenkapital ist zum Nennwert bilanziert.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen. Der Wertansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Kostensteigerungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die sonstigen Rückstellungen für Vorruhestand, Altersteilzeit, Jubiläen und Sterbegeld wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen unter Berücksichtigung der Heubeck-Richttafeln 2018 G – die eine generationenabhängige Lebenserwartung berücksichtigen – nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) bewertet.

Die Pensionsrückstellungen werden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, abgezinst. Zwischen dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz zum 31. Dezember 2019 (2,71 %; im Vorjahr: 3,21 %) und dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz zum 31. Dezember 2019 (1,97 %; im Vorjahr: 2,32 %) ergibt sich bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 1.405 T€ (im Vorjahr: 1.599 T€), der grundsätzlich ausschüttungsgesperrt ist.

Die für die Pensionsrückstellungen zugrunde gelegten Lohn- und Gehaltssteigerungen lagen analog des Vorjahres zwischen 0 % und 2,35 %. Für Renten wurden analog des Vorjahres Steigerungsraten zwischen 0 % und 1,60 % angenommen.

Das Wahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde nicht in Anspruch genommen. Alle mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden in Höhe ihrer Unterdeckung bilanziert. Dabei wurde das Kassenvermögen der Unterstützungskasse vom Verpflichtungswert abgesetzt.

Die mittel- und langfristigen sonstigen Rückstellungen werden entsprechend ihrer Restlaufzeit mit dem von der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2019 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB). Zur Anwendung kamen Zinssätze zwischen 0,58 % und 1,97 % (im Vorjahr: zwischen 0,81 % und 1,92 %). Erwartete künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag und erhaltene Anzahlungen mit dem Nennwert passiviert.

Als erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen werden vereinnahmte Abschlagszahlungen für Gas- und Wärmelieferungen nach Verrechnung mit den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbräuchen der Kunden ausgewiesen.

Vereinnahmte Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden im passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und rätierlich über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren zu Gunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Außerhalb der Bilanz werden sämtliche Lieferverträge und Handelsgeschäfte mit physischer oder finanzieller Erfüllung, die gleichen Steuerzwecken dienen, mit ihren beizulegenden Zeitwerten bewertet (Bewertungseinheit in Form eines Makro Hedge).

Derivative Finanzinstrumente werden vorrangig eingesetzt, um Marktpreisrisiken aus den Gaslieferverträgen zu reduzieren. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Termingeschäfte auf Gas. Die ökonomisch eingegangenen Sicherungsbeziehungen werden auch bei der Bilanzierung der Bewertungseinheit abgebildet. Die sich im Rahmen des Makro Hedge ergebenden gegenläufigen Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte werden nicht verbucht (Einfrierungsmethode).

Soweit die Voraussetzungen für Bewertungseinheiten nicht erfüllt sind, erfolgt die Bilanzierung nach allgemeinen Bewertungsgrundsätzen.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Buchwerte

	31.12.2019	31.12.2018
	T€	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	12	0
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	694	587
	706	587
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.047	3.983
Technische Anlagen und Maschinen	289.959	286.321
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.134	1.184
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.422	8.928
	299.562	300.416
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	310	310
Beteiligungen	2.040	2.054
Sonstige Ausleihungen	8.318	7.922
	10.668	10.286
Anlagevermögen	310.936	311.289

Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten

Vortrag zum 01.01.2019 T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2019 T€
0	12	0	0	12
6.086	184	0	-45	6.225
6.086	196	0	-45	6.237
13.197	65	479	-2.371	11.370
859.830	17.296	7.772	-3.315	881.583
4.525	244	0	-130	4.639
8.928	3.988	-8.251	-243	4.422
886.480	21.593	0	-6.059	902.014
310	0	0	0	310
2.054	0	0	-14	2.040
8.905	0	0	0	8.905
11.269	0	0	-14	11.255
903.835	21.789	0	-6.118	919.506

Kumulierte Abschreibungen

	Vortrag zum 01.01.2019 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.499
	5.499
Sachanlagen	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9.214
Technische Anlagen und Maschinen	573.509
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.341
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0
	586.064
Finanzanlagen	
Anteile an verbundenen Unternehmen	0
Beteiligungen	0
Sonstige Ausleihungen	983
	983
Anlagevermögen	592.546

Abschreibungen	Zuschreibungen	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2019
T€	T€	T€	T€	T€
0	0	0	0	0
77	0	0	-45	5.531
77	0	0	-45	5.531
261	0	0	-2.152	7.323
21.196	0	0	-3.081	591.624
287	0	0	-123	3.505
0	0	0	0	0
21.744	0	0	-5.356	602.452
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	-396	0	0	587
0	-396	0	0	587
21.821	-396	0	-5.401	608.570

An nachstehend aufgeführten Unternehmen ist MITGAS gemäß § 16 AktG beteiligt (Angabe gemäß § 285 Nr. 11 HGB).

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden davon in den Konzernabschluss der innogy SE und der E.ON SE einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung %	mittelbare Beteiligung %	Eigenkapital zum 31.12.2019 T€	Ergebnis 2019 T€
A/V/E GmbH, Halle (Saale)	25,10		1.975	221
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Halle (Saale) ¹	100,00		25	0

¹ Gewinnabführungsvertrag

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden nicht in den Konzernabschluss der innogy SE und der E.ON SE einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung %	mittelbare Beteiligung %	Eigenkapital zum 31.12.2018 T€	Ergebnis 2018 T€
bildungszentrum energie GmbH, Halle (Saale)	25,50		646	145
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas HD mbH, Halle (Saale) ^{1,2}	100,00		25	0

¹ Gewinnabführungsvertrag

² Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Darüber hinaus werden folgende Beteiligungen gehalten:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung %	mittelbare Beteiligung %	Eigenkapital zum 31.12.2018 T€	Ergebnis 2018 T€
Sandersdorf-Brehna Netz GmbH & Co. KG, Sandersdorf-Brehna	21,40		4.826	196
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig	50,00		252	2

Vorräte

Der Bilanzposten der Fertigen Erzeugnisse und Waren umfasst – wie im Vorjahr – ausschließlich Gasvorräte.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019 T€	31.12.2018 T€
Finanzforderungen	0	59.901
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.226	7.126
Sonstige Forderungen	38	0
	11.264	67.027

Alle gleichartigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegen bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen, bei denen Gläubiger und Schuldner identisch sind und die die gleiche Fristigkeit aufweisen, werden saldiert ausgewiesen.

Innerhalb der Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 5.121 T€ (im Vorjahr: 59.901 T€) enthalten. Davon betreffen Finanzforderungen aus einer Cash-Management-Vereinbarung 0 T€ (im Vorjahr: 59.901 T€), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 5.121 T€ (im Vorjahr: 0 T€).

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind 4.929 T€ (im Vorjahr: 3 T€) Forderungen enthalten, die rechtlich erst nach dem Stichtag entstehen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen analog des Vorjahres nicht.

Eigenkapital

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals ist nachfolgender Übersicht zu entnehmen:

	Vortrag zum 01.01.2019 T€	Gewinn- ausschüttung T€	Entnahme aus den Rücklagen T€	Jahresüberschuss des lfd. Jahres T€	Stand am 31.12.2019 T€
Gezeichnetes Kapital	82.000	0	0	0	82.000
Kapitalrücklage	9.956	0	0	0	9.956
Jahresüberschuss	38.032	38.032	0	15.988	15.988
	129.988	38.032	0	15.988	107.944

Die Anteilseigner der MITGAS zum Bilanzstichtag sind:

Gesellschafter	Anteilsverhältnis %
envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz	75,385
VNG-Erdgascommerz GmbH, Leipzig	24,600
innogy SE, Essen	0,015
	100,000

Rückstellungen

Die Steurrückstellungen betreffen Verpflichtungen aus Gewerbesteuer für die Veranlagungszeitraum 2017 – 2019.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, eingegangene Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern im Zusammenhang mit den Betriebsvereinbarungen zum Vorruhestand, Rückstellungen für Abrechnungsverpflichtungen, für Altlasten, Prozessrisiken sowie andere ungewisse Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten

	31.12.2019	Restlaufzeiten		31.12.2018	Restlaufzeiten	
	T€	≤ 1 Jahr T€	> 1 Jahr T€	T€	≤ 1 Jahr T€	> 1 Jahr T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.000	30.000	0	30.000	0	30.000
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.673	8.673	0	19.015	19.015	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.115	15.115	0	21.120	21.120	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	115.373	60.373	55.000	95.028	40.028	55.000
davon aus Finanzierung	(95.249)	(40.249)	(55.000)	(71.613)	(16.613)	(55.000)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(20.124)	(20.124)	(0)	(23.415)	(23.415)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	3.187	3.187	0	6.768	6.768	0
davon aus Steuern	(101)	(101)	(0)	(3.764)	(3.764)	(0)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(15)	(15)	(0)	(0)	(0)	(0)
	172.348	117.348	55.000	171.931	86.931	85.000

In den Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind 0 T€ (im Vorjahr: 0 T€) enthalten, deren Restlaufzeit fünf Jahre übersteigt.

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit 18.995 T€ (im Vorjahr: 17.868 T€) Abgrenzungen aus Netzentgelten enthalten, welche mit geleisteten Anzahlungen in Höhe von 17.464 T€ (im Vorjahr: 14.232 T€) verrechnet wurden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betragen 81.489 T€ (im Vorjahr: 78.306 T€); sie werden innerhalb des Postens Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen und betreffen mit 61.487 T€ (im Vorjahr: 55.000 T€) Finanzverbindlichkeiten und mit 20.002 T€ (im Vorjahr: 23.306 T€) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen von 145.307 T€ wurden saldiert mit diesen gegenüberstehenden Forderungen aus Verbrauchsabgrenzungen in Höhe von 136.634 T€ ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind mit 5.226 T€ (im Vorjahr: 31.548 T€) Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten bilanziert. Der Rückgang resultiert zum Großteil aus einer Rückzahlung der Baukostenzuschüsse an die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Halle (Saale).

Ferner werden mit 22 T€ (im Vorjahr: 22 T€) sonstige Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Latente Steuern

	01.01.2019 T€	Veränderung T€	31.12.2019 T€
Aktive latente Steuern	24.054	243	24.297
Passive latente Steuern	-2.255	-134	-2.389
	21.799	109	21.908

Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 29,5 % zugrunde gelegt. Insgesamt übersteigen die aktiven latenten Steuern die passiven latenten Steuern, wodurch sich insgesamt eine zukünftige Steuerentlastung ergibt, die nicht bilanziert wird.

Die aktiven latenten Steuern resultieren hauptsächlich aus Ansatz- und Bewertungsunterschieden bei Rückstellungen. Die passiven latenten Steuern betreffen im Wesentlichen Bewertungsunterschiede bei Sachanlagen.

Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 251 bzw. § 285 Nr. 3 und Nr. 3a HGB

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019 T€	Restlaufzeiten			31.12.2018 T€
		< 1 Jahr T€	1 bis 5 Jahre T€	> 5 Jahr T€	
Dienstleistungsverträge	28.795	13.987	14.808	0	13.178
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(27.335)	(12.527)	(14.808)	(0)	(13.178)
Miet-, Pacht- und Leasingverträge	94.594	6.605	51.959	36.030	129.772
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(89.611)	(5.921)	(48.639)	(35.051)	(124.093)
Bestellobligo aus erteilten Investitionsaufträgen	1.628	1.628	0	0	350
künftige Zinsaufwendungen	3.279	996	2.283	0	3.901
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(2.953)	(833)	(2.120)	(0)	(2.953)
Summe sonstige finanzielle Verpflichtungen	128.296	23.216	69.050	36.030	147.201
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(119.899)	(19.281)	(65.567)	(35.051)	(140.224)

Außerdem bestehen Verpflichtungen aus der gesamtschuldnerischen Haftung für Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern in Höhe von 253 T€ (im Vorjahr: 66 T€).

Die in der Vergangenheit vor dem Hintergrund einer Bilanzverkürzung und eines gestreckten Liquiditätsabflusses abgeschlossenen Miet-, Pacht- und Leasingverträge, die für derartige Verträge typische Risiken beinhalten, betreffen insbesondere ein Verwaltungsgebäude und einen Untergrund-Erdgasspeicher.

Derivative Finanzinstrumente und Bewertungseinheiten

Das Gesamtportfolio der MITGAS, bestehend aus physischen Gasbeschaffungs- und Gasabsatzverträgen sowie dem Bestand aus Gasvorräten, wird gegen das netto verbleibende Wertänderungs- bzw. Zahlungsstromänderungsrisiko abgesichert. Das abgesicherte Wertänderungsrisiko resultiert aus Veränderungen des Gasmarktpreises. Die Höhe der mit der Makro-Bewertungseinheit abgesicherten Risiken beträgt 91.662 T€, d. h. in dieser Höhe wurden bis zum Abschlussstichtag negative Wert- bzw. Zahlungsstromänderungen vermieden. Die gegenläufigen Wertänderungen der Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente werden sich im Jahr 2020 voraussichtlich in voller Höhe ausgleichen. Bei den Sicherungsinstrumenten wird der Preisindex jeweils so gewählt, dass er mit dem Grundgeschäft übereinstimmt und die Sicherungsinstrumente somit demselben (Warenpreis-) Risiko unterliegen wie die Grundgeschäfte. Es wird eine hohe Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung erwartet. Die Bewertungseinheit besteht aufgrund der rollierenden Durchführung der Sicherungstransaktionen für einen unbegrenzten Zeitraum.

Im Gesamtportfolio sind schwebende Gasgeschäfte im Umfang von 33.083 GWh. Der einbezogene Gasspeicherbestand umfasst 1.703 GWh. Weiterhin sind im Gesamtportfolio im Umfang von 3.706 GWh geplante Transaktionen mit Privat- und Gewerbekunden enthalten, bei denen von einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit auszugehen ist.

Die prospektive Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird über das angemessene und funktionsfähige Risikomanagementsystem der Gesellschaft sichergestellt. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen im Lagebericht.

Zu jedem Bilanzstichtag wird die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen retrospektiv ermittelt. Hierbei werden im Rahmen der Dollar-Offset-Methode die kumulierten Marktwertänderungen der Grundgeschäfte mit den kumulierten Marktwertänderungen der Sicherungsinstrumente miteinander verglichen. Ineffektivitäten werden in Form einer Drohverlustrückstellung erfasst, wenn sich aus den kumulierten Wertänderungen der Grundgeschäfte und den kumulierten Wertänderungen der Sicherungsinstrumente per Saldo ein Nettoverlust ergibt.

Die derivativen Finanzinstrumente werden mit ihren beizulegenden Zeitwerten in die Bewertungseinheit einbezogen. Die beizulegenden Zeitwerte der Derivate entsprechen generell den Marktwerten zum Abschlussstichtag. Die Marktwerte werden mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Hierzu zählt insbesondere die Discounted-Cash-Flow-Methode (Barwertverfahren).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2019 T€	2018 T€
Umsatzerlöse		
Gas	445.691	418.979
Sonstige Umsatzerlöse	67.150	69.017
	512.841	487.995

Die Umsatzerlöse wurden vollständig im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erzielt.

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung offen abgesetzte Strom- bzw. Energiesteuer betrifft ausschließlich Energiesteuer.

Sonstige betriebliche Erträge

	2019 T€	2018 T€
Konzessionsabgabe	1.785	2.098
Auflösung von Rückstellungen	2.590	2.477
Wertanpassungen des Umlaufvermögens, ertragswirksame Vereinnahmung von Verbindlichkeiten und Zahlungseingänge auf ausgebuchte Forderungen	443	303
Abgänge von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	1.088	892
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	172	175
Zuschreibungen auf Finanzanlagen	396	0
Sonstige periodenfremde Erträge	0	171
Übrige Erträge	1.576	1.619
	8.050	7.735

Aufgrund der bestehenden Konzessionsverträge mit den Kommunen ist MITGAS als Konzessionsnehmer verpflichtet, Konzessionsabgaben zu entrichten. Die von der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Halle (Saale), im Rahmen der Netznutzungsentgelte vereinnahmten Konzessionsabgaben werden an MITGAS weitergeleitet.

Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen enthalten – wie im Vorjahr – keine außerplanmäßigen Abschreibungen. Abschreibungen des Sonderverlustkontos aus Rückstellungsbildung belaufen sich auf 0 T€ (im Vorjahr: 0 T€).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2019 T€	2018 T€
Konzessionsabgabe	-1.785	-2.156
Verluste aus Wertminderungen und Abgängen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-441	-1.088
Verluste aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	-229	-272
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.456	-20.846
	-16.911	-24.362

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind Zinsen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 2.122 T€ (Vorjahr: 3.193 T€) enthalten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Vorauszahlungen und die Zuführung zur Steuerrückstellung des Berichtsjahres in Höhe von insgesamt 12.088 T€ (im Vorjahr: 15.263 T€). Darüber hinaus sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 0 T€ (im Vorjahr: 1.265 T€) und periodenfremde Steuererträge in Höhe von 1.550 T€ (im Vorjahr: 162 T€) enthalten.

Sonstige Angangsangaben

Geschäfte größeren Umfangs, die mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen getätigt wurden (§ 6b Abs. 2 EnWG)

Die Kreditlinie im Rahmen einer Cash-Management-Vereinbarung beträgt 30.000 T€.

Im Geschäftsjahr wurden Geschäfte größeren Umfangs, die aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen und für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit verbundenen Unternehmen wie folgt getätigt:

	2019 T€	2018 T€
Erträge aus der Verpachtung des regulierten Netzes	49.010	47.911
Erträge aus kaufmännischen Dienstleistungen	4.035	6.979
Aufwendungen aus kaufmännischen Dienstleistungen	2.833	2.905
Aufwendungen aus IT-technischen Dienstleistungen	1.206	1.236
Zinsaufwendungen aus Darlehensvereinbarungen	842	833

Ausschüttungsgesperrter Betrag

Die zum 31. Dezember 2019 gemäß §§ 253 Abs. 6 und 268 Abs. 8 HGB gegen Ausschüttung gesperrten Beträge belaufen sich auf insgesamt 1.412.850,36 € (im Vorjahr: 1.599.499,55 €), der in Höhe von 1.404.717,12 € (im Vorjahr: 1.599.499,55 €) auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz und dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen (§ 253 Abs. 6 HGB) und in Höhe von 8.133,24 € (im Vorjahr: 0,00 €) auf die in der Bilanz ausgewiesenen selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände (§ 268 Abs. 8 HGB) entfällt, wobei die passiven latenten Steuern abgesetzt wurden. Unter Berücksichtigung der am 31. Dezember 2019 vorhandenen frei verfügbaren Rücklagen kann jedoch der gesamte Jahresüberschuss ausgeschüttet werden.

Sonstige Angaben

Bei MITGAS waren im Jahresdurchschnitt die nachfolgend aufgeführten Mitarbeiteräquivalente (MÄ) beschäftigt:

	2019 MÄ	2018 MÄ
Gewerbliche Arbeitnehmer	0	0
Angestellte	81	86
	81	86

Aufgrund der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil und der Beibehaltung von niedrigeren Wertansätzen von Vermögensgegenständen sowie der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwandes liegt das Jahresergebnis um 0,6 % über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Es erfolgen keine Angaben über das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar, da diese Angaben im Konzernanhang der innogy SE enthalten sind.

Die Bezüge der Geschäftsführung betragen 149.200,00 €.

Die Bezüge der ehemaligen Geschäftsführer beliefen sich auf 310.921,20 €. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Geschäftsführern sind 3.033.595,81 € zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrates betrug 29.000,00 €.

Nach Schluss des Berichtszeitraumes sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MITGAS eingetreten.

Die Geschäftsführung setzt sich wie folgt zusammen:

[Dr. Stephan Lowis](#)

Geschäftsführer Finanzen und Technik (Vorsitzender)

[Dr. Andreas Auerbach](#)

Geschäftsführer Vertrieb

[Ralf Hiltenkamp](#)

Geschäftsführer Personal

Der Aufsichtsrat besteht aus den folgenden Mitgliedern:

[Peter Rüth](#)

Head of Finance Retail Germany Retail Segment der innogy SE

Vorsitzender

[Klaus Zimmermann](#)

Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen und Vermögen der Landeshauptstadt Magdeburg

1. stellvertretender Vorsitzender

[Erika Simbt](#)

Vorruheständlerin

2. stellvertretende Vorsitzende

[Dr. Jürgen Gröner](#)

Geschäftsführer Integration/Assetmanagement der Westnetz GmbH

[Dr. Uta Grone](#)

Leiterin Rechtsbereich der Westnetz GmbH

[Oliver Hill](#)

Direktor Gasverkauf Deutschland der VNG AG

[Norbert Kraft](#)

Sachbearbeiter Zähl- und Messwesen/Installationstechnik der Abteilung
Spezialservice Gas der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

[Bodo Rodestock](#)

Vorstand Kaufmännisches/Personal der VNG AG

[Jörg Röglin](#)

Oberbürgermeister der Stadt Wurzen

[Mario Schaaf](#)

Sachbearbeiter Grundsatzfragen in der Abteilung Spezialservice Gas
der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

[Mario Stiebing](#)

Betriebsmeister Gas der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH

[Monika Trolldenier-Henrichs](#)

Referentin Beteiligungsmanagement der innogy SE

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 15.988 T€ in
voller Höhe auszuschütten.

Halle (Saale), 3. Februar 2020

Die Geschäftsführung

Dr. Stephan Lowis

Dr. Andreas Auerbach

Ralf Hiltenkamp

Bestätigungsvermerk
des unabhängigen
Abschlussprüfers
zum 31. Dezember 2019

MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH

Zum Jahresabschluss sowie zum Tätigkeitsabschluss "Gasverteilung" für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 und zum Lagebericht der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH für dieses Geschäftsjahr wurde der nachstehende Bestätigungsvermerk erteilt. Der nicht in diesem Geschäftsbericht enthaltene Tätigkeitsabschluss wird zusammen mit dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 und dem Lagebericht für dieses Geschäftsjahr im Bundesanzeiger veröffentlicht. .

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH, Halle (Saale)

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH, Halle (Saale), – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungs-

urteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir den Tätigkeitsabschluss für die Tätigkeit „Gasverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung des Tätigkeitsabschlusses – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Tätigkeitsabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und des Tätigkeitsabschlusses in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des Entwurfs einer Neufassung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Abs. 5 Energiewirtschaftsgesetz (IDW EPS 610 n.F.) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung des Tätigkeitsabschlusses nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Tätigkeitsabschluss entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob der Tätigkeitsabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entspricht.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung des Tätigkeitsabschlusses entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.“

Leipzig, den 4. Februar 2020

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Thomas Schmid
Wirtschaftsprüfer

ppa. Volker Riemann
Wirtschaftsprüfer

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
AG	Aktiengesellschaft		
AktG	Aktiengesetz	GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
Art.	Artikel		
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	GWh	Gigawattstunde
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – BilMoG)	H ₂	Wasserstoff
		HGB	Handelsgesetzbuch
BIP	Bruttoinlandsprodukt	HRB	Handelsregister Abteilung B
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	HYPOS	Hydrogen Power Storage & Solutions
bzw.	beziehungsweise	IFRS	International Financial Reporting Standard
CO ₂	Kohlenstoffdioxid	KoV X	Kooperationsvereinbarung Gas X
d. h.	das heißt	KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz
DM	Deutsche Mark	LNG	Liquified Natural Gas
DMBilG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz)	MÄ	Mitarbeiteräquivalente
		MaStRV	Marktstammdatenregisterverordnung
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard	Mio.	Millionen
		MWh	Megawattstunde
EBITA	earnings before interest, taxes and amortization	Nr.	Nummer
		§	Paragraf
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz	%	Prozent
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch	SE	Societas Europaea
		sog.	sogenannt
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)	u. a.	unter anderem
		t	Tonne
e. V.	eingetragener Verein	T€	Tausend Euro
€	Euro	USD	US-Dollar
GEG	Gebäudeenergiegesetz	z. T.	zum Teil
ggf.	gegebenenfalls	z. B.	zum Beispiel

Impressum

Herausgeber

envia Mitteldeutsche Energie AG
Chemnitztalstraße 13
09114 Chemnitz
Telefon: 0371 482-0
Internet: www.enviaM-Gruppe.de

Gesamtherstellung

Heimrich & Hannot GmbH
An der Frauenkirche 12
01067 Dresden
Telefon: 0351 81609-0
Internet: www.heimrich-hannot.de

Catrin Glücksmann
Leiterin
Unternehmenskommunikation/
Umfeldmanagement
Catrin.Gluecksmann@enviaM.de

Sven Richter
Leiter Rechnungswesen/Steuern/Finanzen
Sven.Richter@enviaM.de

Sylvia Beier, Dirk Benndorf
Projektleitung

MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH

Industriestraße 10
06184 Kabelsketal

www.mitgas.de